

199

ERKLÄRUNG DER PLANZEICHEN

Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs gem. § 9 (7) BauGB und Abgrenzungen unterschiedlicher Nutzungen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 60 "Rüblinghausen – Rüblinghauser Höhe"; gem. § 9 (7) BauGB

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung; gem. §§ 1 (4) und 16 (5) (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 1)

Art der baulichen Nutzung gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

Allgemeine Wohngebiete gem. § 4 BauNVO

(in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 2)

Maß der baulichen Nutzung gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

- Grundflächenzahl (GRZ) gem. § 19 BauNVO
- Geschossflächenzahl (GFZ) gem. § 20 BauNVO
- Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß gem. § 16 BauNVO
- Maximale Höhe des Firstes oder des anderen Abschlusses des Daches von baulichen Anlagen in Meter über NN (absolute Angabe über Meereshöhe) gem. §§ 16 und 18 BauNVO

Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

Offene Bauweise gem. § 22 BauNVO

Nicht überbaubare Grundstücksflächen

Baugrenze gem. § 23 (3) BauNVO maßgebend ist die Achse der

Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden gem. § 9 (1) Nr. 6 BauGB

Höchstzulässige Zahl der Wohnungen je Wohngebäude im Baugebiet

Flächen für den Gemeinbedarf gem. § 9 (1) Nr. 5 BauGB

Flächen für den Gemeinbedarf

Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

Verkehrsflächen gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 6)

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Öffentliche Parkfläche

Fußweg/Radweg

Flächen für die Ver- und Entsorgungflächen gem. § 9 (1) Nr. 12 und

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Elektrizität

Grünflächen gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB

Öffentliche Grünflächen (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 7)

> Private Grünfläche (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 7)

> > Private Grünfläche (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 16)

Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder die Gewinnung von Bodenschätzen gem. § 9 (1) Nr. 17 BauGB

(in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 7)

Flächen für die Aufschüttung

Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 und <u> 25 sowie (6) BauGB</u>

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 9)

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 15)

Anzupflanzende sonstige Bepflanzung (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 11)

Anzupflanzende sonstige Bepflanzung (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 9)

Anzupflanzende sonstige Bepflanzung (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 10)

Anzupflanzende sonstige Bepflanzung (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 15)

(in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 18)

Zu erhaltende Bäume (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr.15)

Anzupflanzende sonstige Bepflanzung

Ausgleichspflicht und Zuordnung von Ausgleichsmaßnahmei gem. §§ 1a und 9 (1a) BauGB sowie §§ 15 und 18 BNatSchG

Grundstücke mit Ausgleichspflicht (in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 17)

Sonstige Planzeichen

Umgrenzung der Fläche für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BauGB

(in Verbindung mit Textlicher Festsetzung Nr. 18)

Alle nachfolgenden Textlichen Festsetzungen gelten nur in Verbindung mit der hierauf unter "ERKLÄRUNG DER PLANZEICHEN" verweisenden Erläuterung. Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs gem. § 9 (7) BauGB und Abgrenzungen unterschiedlicher Nutzungen

1. Die Baugrenzen stellen Abgrenzungen unterschiedlicher Nutzungen dar.

Art der baulichen Nutzung gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

2. Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO: Gem. § 1 (6) Nr. 1 BauNVO sind Nutzungen gem. § 4 (3) BauNVO ("Betriebe des Beherbergungsgewerbes", "sonstige nicht störende Gewerbebetriebe", "Anlagen für Verwaltungen", "Gartenbaubetriebe" und "Tankstellen") nicht Bestandteil des Bebauungsplans.

Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen gem. § 9 (1) Nr. 2 BauGB

3. Stellplätze und Garagen einschließlich integrierter Abstellräume sowie deren Zufahrten sind gem. §§ 12 (6) und 23 (5) BauNVO bis zur hinteren Baugrenze, gemessen von der festgesetzten Grenze der Straßenverkehrsfläche, zulässig. Bei zwei maßgebenden hinteren Baugrenzen schließen die dahinter liegende Bereiche eine Nutzung gegenseitig aus.

4. Garagen und überdachte Stellplätze sind an der straßenseitigen Grundstücksgrenze nur mit einem Abstand von mindestens 3,00 m, gemessen von der festgesetzten Grenze der Straßenverkehrsfläche,

5. Nebenanlagen gem. §§ 14 BauNVO sind gem. 23 (5) BauNVO auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen nur mit einem Abstand von mindestens 3,00 m, gemessen von der festgesetzten Grenze der Straßenverkehrsfläche zulässig und darüber hinaus nur bis zu einer maximalen Grundfläche von 10 % der jeweiligen nicht überbaubaren

Zweckbestimmung gem. § 9 (1) Nr. 11 BauGB

6. Die Straßenbegrenzungslinie stellt die Abgrenzung öffentlicher und privater Verkehrsfläche dar.

Grünlächen gem. § 9 (1) Nr. 15 BauGB

7. Auf den Grünflächen sind bauliche Anlagen unzulässig.

<u>Führung</u> von oberirdischen oder unterirdischen <u>Versorgungsanlagen und -leitungen gem. § 9 (1) Nr. 13 BauGB</u>

8. Versorgungsleitungen sind unterirdisch zu führen. Dazugehörige

Anlagen, wie zum Beispiel Verteilerkästen oder -stationen für Strom

<u>Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur</u>

bzw. Gas, sind oberirdisch oder unterirdisch zulässig.

Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gem. § 9 (1) Nr. 20 9. Die Flächen sind als Streuobstwiese anzulegen und mit Obstbäumen im Abstand von 10 bis 12 m zu bepflanzen. Es sind ortstypische

> Obstbäume als Hochstamm mit einem Stammumfang der Sortierung 12/ 14 aus nachfolgender Pflanzliste zu verwenden: <u>Apfel-Hochstämme</u> Malus "Harberts Renette / Malus "Jacob Lebel" Malus "Kaiser Wilhelm" / Malus "Rote Sternrenette" Malus "Schöner aus Boskoop" / Malus "Winterrhambur"

<u>Birnen-Hochstämme</u> Pyrus "Gute Graue" Pyrus "Westfälische Glockenbirne"

<u>Kirschen-Hochstämme</u> Prunus avium "Büttners Rote Knorpelkirsche" Prunus avium "Große Schwarze Knorpelkirsche" <u>Pflaumen-Hochstämme</u> Prunum "Bühler Frühzwetsche"

Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang zu

Die Grünlandflächen sind als Extensivgrünland wie folgt zu entwickeln

 ein- bis zweimalige Mahd mit Abtransport des M\u00e4hgutes oder extensive Beweidung des Grünlandes mit max. 2 GVE pro ha.

10. Auf Flächen, auf denen freiwachsende Hecken anzulegen sind, wird folgende Bepflanzung vorgeschrieben:

sogenannter Schottergarten],

12. Auf den Flächen sind bauliche Anlagen unzulässig.

artenreiche (Blumen-) Wiese,

Wildkräutergarten,

Obstbaumwiese oder

und heimische Pflanzen zulässig.

Versiegelung erlaubt.

sowie von Gewässern gem. § 9 (1) Nr. 25 BauGB

Sträuchern pro 200 m² erhalten bleibt.

Stammumfang der Sortierung 14/ 16,

Schnitthecke anzulegen und wie folgt zu bepflanzen:

nach Art in der Sortierung 100/ 125 cm hoch.

Ausgleichspflicht und Zuordnung von Ausgleichsmaßnahmen gem.

§§ 1a und 9 (1a) BauGB sowie §§ 15 und 18 BNatSchG

besteht eine Ausgleichspflicht.

Gegebenheiten festzulegen.

Sonstige Planzeichen

<u>Dächer</u>

80 cm, 80/ 100 cm oder 100/ 150 cm hoch.

Farngarten,

Sträucher (zweimal verpflanzt) je nach Art in der Sortierung 60/ 80 cm , 80/ 100 cm oder 100/ 150 cm hoch.

Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen.

o Schnitt- und Wildhecken aus standortgerechten, heimischen

In den naturnahen Gartenflächen sind ausschließlich standortgerechte

13. Befestigte Flächen wie Einfahrten, Stellplätze, Wege und Terrassen sind

auf eine geringe, notwendige Größe zu beschränken. Als Beläge für

solche Flächen sind nur wasser- und luftdurchlässige Materialien wie

zum Beispiel entsprechendes Pflastermaterial, wassergebundene

Sofern Gründe des Bodenschutzes entgegenstehen oder eine ortsnahe

Versickerung auf demselben Grundstück ermöglicht wird, ist eine

14. Sogenannte Schottergärten (Stein- oder Kieselbeete), auch mit

Straßenverkehrsfläche bis zur vorderen Baugrenze.

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern oder sonstigen

Bepflanzungen oder mit Bindungen für Bepflanzungen und für die

Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

15. Der vorhandene Gehölzstreifen aus Laubbäumen und Sträuchern der ist

Die Pflanzenarten sind wie folgt aus der Pflanzliste zu übernehmen:

gem. §9 (1) Nr. 25b in seinem Bestand dauerhaft zu erhalten. Abgänge

sind gleichartig und gleichwertig zu ersetzen. Nachpflanzungen sind so

vorzunehmen, dass eine Baumreihe aus Laubbäumen 1. Ordnung mit

einem Pflanzabstand nicht > 15 m und eine Unterpflanzung mit mind. 30

o Bäume 1. Ordnung: großkronige Bäume mit einem

Sträucher (zweimal verpflanzt) je nach Art in der Sortierung 60/

Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang zu

Standortgerechte, heimische Gehölze (zweimal verpflanzt) je

Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und bei Abgang zu

17. Für die Verkehrsflächen und alle erstmalig bebaubaren Grundstücke des

18. Zur Reduzierung der Geräuscheinwirkungen im nordwestlichen

Plangebietsbereich und damit Einhaltung der Grenzen der

Gesundheitsgefährdung durch Verkehrsgeräuschimmissionen ist

innerhalb der Fläche für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum

Immissionsschutzgesetzes ein Schallschutzwall festgesetzten Fläche

Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-

mit einer Wallkrone in Höhe von 3,00 m über Geländeoberkante zu

Zum Schutz vor Außenlärm für Außenbauteile von Aufenthaltsräumen

sind, gem. dem Schalltechnischen Prognosegutachten zum

Bebauungsplan, die Anforderungen der Luftschalldämmung nach DIN

Ausgabe Januar 2018 DIN 4109:2018-01 einzuhalten. Die erforderlichen

gesamten bewerteten Bau-Schalldämm-Maße R´w,ges der

Außenbauteile von schutzbedürftigen Räumen ergeben sich nach DIN

Außenlärmpegels La für die freie Schallausbreitung unter

Berücksichtigung aktiver Schallschutzmaßnahmen und der

unterschiedlichen Raumarten. Für gesamte bewertete Bau-Schalldämm-

Maße von R'w > 50 dB sind die Anforderungen aufgrund der örtlichen

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN GEM. § 89 (2) BauO

gD Für die Hauptanlagen sind nur geneigte Dächer mit gleichem

sind unterschiedliche Neigungen der Dachflächen zulässig.

Satteldächer sind nur mit gleichem Neigungswinkel der Dachflächen

zulässig. Pultdächer und versetzte Pultdächer dürfen flachere

Neigungen haben, jedoch nicht unter 20°. Bei versetzten Pultdächern

Nebengiebel, Zwerchhäuser oder Dachaufbauten) sind abweichende

Die Firstrichtung kann für untergeordnete Dächer abweichend von der

Für sich dem Hauptdach unterordnende Bauteile (zum Beispiel Erker,

Neigungswinkel der Dachflächen zulässig.

Dachneigungen zulässig.

zulässige Hauptfirstrichtung

Hauptfirstrichtung angeordnet werden.

35°- 42° zulässige Neigung für die Dachflächen der Hauptanlagen

4109-1 (Januar 2018) unter Berücksichtigung des maßgeblichen

4109-1 "Schallschutz im Hochbau – Teil 1: Mindestanforderung",

Plangebiets, die mit nachfolgendem Symbol gekennzeichnet sind,

16. Auf der Fläche ist zur Eingrünung der Parkplatzfläche eine blickdichte

einzelnen Gewächsen darin, sind nur bis zu einer Größe von insgesamt

10 % der Vorgartenfläche zulässig. Der Vorgarten ist auf der ganzen

Breite die Fläche zwischen der festgesetzten Grenze der

11. Im Plangebiet ist auf 20 % der Fläche eines jeden gekennzeichneten Die Dacheindeckung ist durchgehend mit nur einer der genannten Baugrundstücks eine naturnahe Gartenfläche anzulegen. Farben auszuführen. Nuancierte oder ornamentierte Dacheindeckungen Die naturnahen Gartenflächen können in folgenden Arten, auch als und die Verwendung glänzender Materialien sind unzulässig. Mischformen, angelegt werden: Zinkeindeckung, untergeordnete verglaste Flächen sowie Solaranlagen Staudengarten, z.B. Bauern- oder Steingarten [Steingarten mit sind von den vorgenannten Vorschriften ausgenommen.

trockenheitsresistenten Pflanzen als Schwerpunkt, nicht aber ein Dachüberstände dürfen an der Traufe und am Ortgang 0,60 m nicht

Dachhaut gemessen.

werden. Zulässige Farben:

Nebengiebel, Zwerchhäuser, Dachaufbauten oder Dacheinschnitte müssen auf die Fassadengliederung Bezug nehmen und sind dem Hauptdach in Material und Farbe anzupassen. Sie sind nur mit einem Abstand von mehr als 1,50 m von den Außenkanten der Giebelwände Nebengiebel, Zwerchhäuser, Dachaufbauten oder Dacheinschnitte dürfen an einer Traufseite insgesamt eine Breite von 60 % der Firstlänge

Die Firstrichtung kann für untergeordnete Dächer abweichend von der

Drempel sind nur bis zu einer Höhe von 1,00 m zulässig. Die Höhe des

Drempels wird von der Oberkante Fertigfußboden der untersten

Dachgeschossebene bis zur Schnittlinie der Außenwand mit der

Für die Dacheindeckung dürfen nur schwarze, dunkelgraue oder

dunkelbraune Bedachungsmaterialien entsprechend den nachfolgend

genannten Farben des Registers "RAL 840-HR (seidenmatt)" verwendet

schwarz, ähnlich wie Nr. 8022, 9004, 9005 und 9011,

dunkelbraun, ähnlich wie Nr. 8014 und 8019.

o dunkelgrau, ähnlich wie Nr. 7015, 7016 und 7021 sowie

Hauptfirstrichtung angeordnet werden.

nicht überschreiten. Nebengiebel und Zwerchhäuser dürfen eine Breite von 40 % der Firstlänge nicht überschreiten. Straßenseitig sind Dachaufbauten oberhalb der ersten Dachgeschossebene unzulässig, Dacheinschnitte sind straßenseitig in allen Dachgeschossebenen unzulässig. Einzelne Dachaufbauten sind nur mit einer Breite von höchstens 3,00 m, gemessen am äußeren

Flachdächer von Carports, Garagen und Nebenanlagen sollen begrünt

Zulässig sind für Außenwände nur Putz, geschlämmtes oder

Außenwände

gestrichenes Mauerwerk, Sichtmauerwerk sowie Fachwerk und Holz. Verkleidungen aus Naturstein, Steinmaterial oder aus Schieferplatten sind nur zulässig, wenn sie nicht mehr als die Hälfte der jeweiligen Wandfläche einer Fassadenseite bedecken. Die Verwendung glänzender Materialien (z.B. polierte oder glasierte Steine, Metalle oder Fliesen) ist unzulässig.

Für die Außenwände dürfen nur hell sandfarbene, weiße oder hellgraue Farbtöne entsprechend den nachfolgend genannten Farben des Registers "RAL 840-HR (seidenmatt)" verwendet werden. Zulässige

 hell sandfarben, ähnlich wie Nr. 1013 und 1015, o weiß, ähnlich wie Nr. 9001, 9003 und 9016 sowie hellgrau, ähnlich wie Nr. 7047, 9002 und 9018. Für Fachwerkkonstruktionen sind zudem schwarze Farben und für aus Holz hergestellte Fläche zudem die natürliche Farbgebung belassende

Lasuren und Farben zulässig.

Untergeordnete Fassadenflächen (z.B. Sockel oder abgesetzte Putzflächen, wenn sie nicht mehr als ein Zehntel der jeweiligen Wandfläche einer Fassadenseite bedecken) sind in abweichenden Farben zulässig. An Eingangsbereichen, Zwerchhäusern oder Erkern können ebenfalls abweichende Farben zugelassen werden, wenn sie zur Betonung einer vertikalen Fassadengliederung beitragen. Abweichende Farben sind jedoch im Farbton den vorgenannten Farben

Holzkonstruktionen mit sichtbar überstehenden Eckverbindungen (z.B. bei Arten der Blockbohlenbauweise) sind unzulässig.

Die vorgenannten Gestaltungsvorschriften zu den Außenwänden gelten für Haupt- und Nebengebäude sowie für Garagen. Genehmigungsfreie Vorhaben gem. § 62 (1) BauO NRW sind davon ausgenommen.

<u>Fassadengliederung</u>

Die Fassaden sollen durch Fenster- und Türöffnungen mit stehendem Format gegliedert werden. Die Fassadengliederung der einzelnen Geschosse ist aufeinander abzustimmen.

Pro Baugrundstück ist, soweit sie von der angrenzenden Straße einsehbar ist, nur eine Antennenanlage zulässig.

Einfriedungen an Verkehrsflächen sind nur als einfarbiger Holzzaun mit gleichlangen Latten (z.B. Staketenzaun) oder als standortgerechte Hecke aus heimischen Gehölzen (z.B. Eibe, Hain- oder Rotbuche, Liguster sowie Weißdorn, nicht jedoch z.B. Lebensbaum/ Thuja, Lorbeer sowie Tanne) jeweils bis 1,00 m Höhe zulässig. Als Einfriedungen gelten Umgrenzungen entlang einer Grundstücksseite innerhalb eines Abstandes von 1,50 m von der Grenze, die sowohl in ihrer einzelnen Länge als auch in der Gesamtlänge je Grundstücksseite 3,00 m überschreiten.

<u>Aufschüttungen und Abgrabungen</u> Veränderungen des natürlichen Geländeverlaufs (Aufschüttungen und

Abgrabungen) sind unzulässig. In direkter Verbindung mit dem Gebäude stehende Veränderungen sowie Veränderungen für die Errichtung von Wegen und Terrassen sind, sofern sie den natürlichen Geländeverlauf nicht stören, zulässig. Stützmauern sind entlang von Verkehrsflächen nur bis zu einer Höhe von 1,00 m zulässig. Ebenfalls sind Veränderungen im Zusammenhang mit dem Bau von Erschließungsstraßen zulässig.

<u>Werbeanlagen</u>

Werbeanlagen von Gewerbebetrieben sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Die Stätte der Leistung im vorgenannten Sinn ist das festgesetzte Baugebiet gem. BauNVO 1990.

Werbeanlagen müssen sich in ihren Abmessungen und ihrer Gestaltung den Gebäuden unterordnen. Sie dürfen in ihrer Fläche 20 % einer Fassadenseite nicht überschreiten. Als Fassadenseite gilt die Fläche zwischen der natürlichen Geländeoberkante und der Schnittlinie von der Außenwand mit der Dachhaut abzüglich der gesamten Fensterfläche.

Werbeanlagen und deren Träger (z.B. Säulen und Maste) dürfen eine Höhe von 8,00 m über Geländeoberkante nicht überschreiten.

Werbeanlagen, welche den Verkehrsteilnehmer der Bundesautobahn ansprechen sollen, bedürfen gem. § 9 FStrG innerhalb eines Abstands von 100 m längs der Bundesautobahn in jedem Einzelfall der Zustimmung der Straßenbauverwaltung.

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN GEM. § 89 (1) BauO

Für Gestaltungsbereiche, zu denen in den Örtlichen Bauvorschriften gem. § 89 (2) BauO keine Vorgaben gemacht werden, wird auf die Regelungen der "Satzung über die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen, Werbeanlagen und Warenautomaten, die Gestaltung von unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke sowie die Art, Höhe und Gestaltung von Einfriedungen im Bereich der Stadt Olpe, Ortsteil ... vom

SONSTIGE DARSTELLUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN VON NACH ANDEREN GESETZLICHEN VORSCHRIFTEN GETROFFENEN FESTSETZUNGEN SOWIE HINWEISE

Flurstücksgrenze

Flurstücksnummer

Vorhandenes Gebäude

Vorgeschlagene Grundstücksgrenze

Die im Zusammenhang mit den Festsetzungen des Bebauungsplans genannten DIN-Normblätter sind dem Original der Begründung als Anlage beigefügt und liegen zudem bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisstadt Olpe zur Einsichtnahme bereit.

Die Farbvorlagen der im Zusammenhang mit den Örtlichen Bauvorschriften genannten Farben des Registers "RAL 840-HR (seidenmatt)" liegen in der Fassung der Ausgabe 1999 bei der Unteren Bauaufsichtsbehörde der Kreisstadt Olpe zur Einsichtnahme

INKRAFTTRETEN

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung gem. § 10 (3) BauGB in Kraft.

Im Geltungsbereich der Satzung der . Änderung des Bebauungsplans Nr. " werden die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. " " vom und die seiner bisherigen Änderungen durch die Festsetzungen dieser Satzung ersetzt.

Schriftführer

Kreisstadt Olpe

Übersichtsplan im Maßstab 1 : 5.000

Bebauungsplan Nr.60 "Rüblinghausen-Rüblinghauser Höhe"

Gemarkung: Olpe-Land, Flur: 11

Satzung vom . .

Maßstab 1 : 500